

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 IIA. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Inhaltsverzeichnisse: Monatsverzeichnisse oder deren Raum 50 Pf., kleine Verzeichnisse des Monats 40 Pf., jedes weitere 20 Pf. Einmalige Verzeichnisse 10 Pf. Bei Familien- und Vereinsabonnements ist der Zuschlag fort. Inwieweit für den darauffolgenden Tag möglich gehalten bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10. Fernsprecher: Amt Norden 9708.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Weitere Ausdehnung des Streits im Ruhrgebiet

Wachsende Flut.

Die Streikbewegung im Ruhrgebiet nimmt immer größeren Umfang an. Sie beschränkt sich nicht mehr auf die Bergwerke, sondern greift auch auf große industrielle Werke über. Die Forderungen des Wolffischen Bureau über den Stand des Generalstreiks entsprechen, wie uns aus Essen mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Wolff hat sich durch den Bergbauischen Verein und den Forderungsbund unterrichten lassen, die alle Ursache haben, die Zahl der Streikenden möglichst niedrig erscheinen zu lassen. Es werden von den Unternehmern nur Angaben über die Frühmahlzeit gemacht, dagegen erklärt man nichts von der Gesamtzahl der streikenden Arbeiter.

Der General-Belehrer gibt jetzt eine eigene Zeitung heraus, die den Titel „Allgemeine Bergarbeiter-Union“ trägt und die Interessen der revolutionären Bergarbeiter Deutschlands vertreten will. In der ersten Nummer erscheint ein Aufruf, der Sonderabmachungen mit einzelnen Forderungsbünden verwirft. Die revolutionären Bergleute, heißt es in dem Aufruf, sollten nicht verhandeln, sondern handeln. Der Aufruf wendet sich dann gegen die Gewerkschaftsführer und sagt schließlich:

Wir revolutionären Bergarbeiter erklären hiermit deutlich und nachdrücklich, daß etwaige Vereinbarungen, die zwischen Führern der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerksvereine der christlichen Bergarbeiter, Gewerksverein der katholischen oder der polnischen Bergarbeiter (einschließlich) jetzt oder künftig getroffen werden, ganz gleichgültig, was immer es sein mag, für uns nicht maßgebend sind und von uns in keiner Weise anerkannt werden. Wir erklären weiter, daß die Führer der vorgenannten Verbände nicht mehr als die Vertreter der Bergarbeiter zu betrachten sind, da sie durch ihr Verhalten mit dem Kapitalismus ein für allemal das Recht verliert haben, sich Arbeitervertreter zu nennen.

Die Vertretung unserer Interessen liegt einzig und allein in den Händen der von uns gewählten Sozial-Belehrer (der bis herigen Reuekommisssion).

Ueber Fortgang oder Währungs des Streiks entscheiden wir zu gegebener Zeit selbst.

331 000 Bergarbeiter im Streik

Privattelegramm der Freiheit.

Essen den 6. April, nachmittag 8. Die Zahl Köpfe von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 238 Schachtanlagen mit 331 000 Bergarbeitern im Generalstreik.

Die gesamte Arbeiterkraft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, von dessen Strom die Licht- und Kraftversorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängig ist, hat sich dem Generalstreik geschlossen angeschlossen. Zur Versorgung der öffentlichen Anstalten, der Krankenhäuser usw. mit Licht und Kraft hat die Zentralverwaltung die entsprechende Aufsichtserhaltung des auf das alternativweitig eingeschränkten Betriebes als Notstandsarbeit zugeordnet.

Die Angehörigen der Essener Straßenbahnen haben sich ebenfalls dem Generalstreik angeschlossen. Der gesamte weitverzweigte Betrieb ruht.

Ähnliche Streikenden haben sich mit den Forderungen der revolutionären Bergarbeiter solidarisch erklärt.

Unter dem Belagerungsstand.

Mülheim (Ruhr), 6. April.

Wetter fand im Polizeibüro heute mit Genehmigung der örtlichen Militärbehörden eine Versammlung statt, in der über die Verhältnisse der Belagerung gesprochen werden sollte. Die Tagesordnung behandelte aber politische Angelegenheiten. Im Zusammenhang damit forderte man Entlohnung der Polizei und der Regierungstruppen. Daher wurde die Auflösung der Versammlung angeordnet. Eine Kompanie Regierungstruppen wurde mit dieser Aufgabe beauftragt. Ein Teil der Kompanie drang in das Gebäude ein, während der andere das Gebäude absperrte. Bei dieser Gelegenheit wurde anscheinend aus dem Hause eine Handgranate geworfen, die die Befehlsführer eines Maschinengewehrs schwer verletzt. Zwei Mann wurden getötet und drei verwundet. Außerdem wurden viele Gewehre und Pistolenstücke aus den Dachstühlen gegen die Regierungstruppen abgefeuert, die mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und Handgranaten erwiderten. Mittenweise

schickte eine weitere Kompanie zur Unterstützung heran. Etwa 150 Personen wurden festgenommen, die an der Versammlung teilgenommen hatten oder sich sonst im Hause befanden. 55 Personen wurden dem Militärgericht zugeführt. Die Verluste auf der anderen Seite betragen zwei Tote. Von den Verwundeten der Regierungstruppen ist mittlerweile einer gestorben, so daß die Zahl der Toten auf dieser Seite sich auf drei beläuft.

Generallstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. April.

Der heute mittag verkündete Generalstreik hat bisher die Wirkung gehabt, daß um 8 Uhr der Betrieb der städtischen Straßenbahnen wegen Strommangels eingestellt werden mußte. Nachmittags fand unter freiem Himmel eine große Versammlung der Kommunisten statt. Im Anschluß daran bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt. Auf der Königsallee stießen einige Schüsse, doch ist, soweit bis jetzt bekannt, niemand verletzt. Die größten Restaurants und Kaffees haben freiwillig ihren Betrieb geschlossen. Die Sicherheitsmaßnahmen der Regierungstruppen sind sehr umfassend. Auch Flugabwehrgeschütze sind zum Schutz der öffentlichen Gebäude aufgestellt.

Bayern gegen die Reichsregierung.

In einer der Massenversammlungen des Proletariats am Sonntagabend sprach auch Minister-Unterschatner von den Unabhängigen. Er führte u. a. aus: Dem Weltkrieg ist der gigantische Klassenkampf gefolgt, den die Weltgeschichte je erlebt hat. Die Bewegung ist aber noch nicht zu Ende. Noch sind Kräfte am Werk, die glauben, die revolutionären Arbeiter unterdrücken zu können. Jetzt soll die Räterepublik kommen und der Sozialismus verwirklicht werden. (Beifall) Wir geben in Bayern wieder den Anstoß zur neuen Bewegung und werden in Deutschland vortreten in der Bewegung des gesamten Proletariats. In Bayern gibt es und darf es keine Kräfte geben. Wir haben in Bayern keine Weiße Garde, aber wir wollen jetzt eine rote Garde schaffen. (Stürmischer Beifall) Von allen Städten Bayerns treffen Nachrichten ein, daß sie die Räterepublik begrüßen. Wir werden unsere Brüder in Rußland und Ungarn die Hand reichen. (Beifall) Wir erwarten aber auch, daß sich unsere Brüder in Frankreich, England, Italien und Amerika und angeschlossen werden. Denn hat der Sozialismus seinen Sieg errungen, Ruß, Scheidemann und seine Kollegen werden hinweggefegt werden wie Wilhelm II. und Ludwig III.

Ueber die von einem Berliner Mann gemeldete Verlegung der bayerischen Regierung und des Landtages nach Bamberg ist an hiesiger maßgebender Stelle nichts bekannt.

Die Rechtssozialisten und die Räterepublik.

München, 6. April.

Die heute hier tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins München erklärte sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaate Bayern. Sollte sich die Mehrheit der Bevölkerung trotzdem für die Räterepublik entscheiden, so bleiben die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins neutral, um im Interesse des Volksganges der zukünftigen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Versammlung verlangt aber von allen Mitgliedern, daß sie jede Übernahme von Regierungs- oder Verwaltungspflichten ablehnen und damit die volle Verantwortung denen überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machen.

München, 6. April.

Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am 6. April im Künstlerhaus in München tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaate Bayern erklärt.

Der Transport der polnischen Truppen.

Paris, 6. April.

Nach einer Cabanmeldung aus Syon werden die Truppen des Generals Gallier auf der Eisenbahnlinie: Koblenz-Bingen-Galle-Eisenberg-Notthaus-Lissa-Kellisch sowie über Steilin und Königberg nach Polen gebracht werden können. Außer dem Hauptabkommen wurde ein Sonderabkommen unterzeichnet, das die tschechischen Truppenkonzentrationen und die Art und Weise der Bezahlung des Transports regelt.

Räteystem und Regierung.

Die Regierung hat befohlenlich unter dem Druck des Generalstreiks versprochen, die Räteerräte „in der Verfassung zu verankern“. Die Erfüllung des Versprechens steht in folgenden Abänderungsvorschlägen zu Art. 13 der Reichsverfassung:

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Kapitalisten die Arbeit und die Produktion zu leiten, sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftszweigen gegliederte gesellschaftliche Vertretungen in Betriebs-, Betriebsarbeiter- und Reichsarbeiterräten.

Die Betriebsarbeiter- und Reichsarbeiterräte treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungs-gesetze mit den Vertretungen der Unternehmern zu Betriebswirtschaftsräten und einem Reichsbetriebswirtschaftsrat zusammen.

Sozialistische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Erörterung dem Reichsbetriebswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichsbetriebswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze dem Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung über das Reichswohl zu behandeln sind.

Den Arbeiter- und Betriebsräten können auf den ihnen übertragenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Wahl- und Aufgaben der Arbeiter- und Betriebsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungswerken werden durch Reichsgesetz geregelt.

Diese Regierung ist doch wirklich von allen guten Geistern verlassen und hat von den Notwendigkeiten, die heute erfüllt werden müssen, keine Ahnung!

Die Arbeiter wollen wirtschaftliche und politische Funktionen für die Räteorganisation, weil sie in ihnen die Mittel sehen, um zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft, zur völligen Beseitigung des kapitalistischen Systems zu gelangen.

Der Gedanke hat immer mehr die gesamte Arbeiterklasse, ohne Unterschied der sonstigen Parteizugehörigkeit, erfaßt. Die Regierung glaubt aber noch immer, mit abendlichen Listen und hinterhältigen dummem Herumkommen zu können, dem Arbeiter einen Anteil an der wirtschaftlichen und politischen Macht einzubringen. Die Regierung ist grundlos, wie sie ist, immer wieder mit tauschenden Anstößen ihre Spinnerei zu fortsetzen, wo nur kein voranschreitende Initiative Erfolg verspricht. Sie begriff nicht, daß diese Taktik die Arbeiterklasse nur noch mehr erbittert und sie immer mehr zur Verzweiflung bringt. Sie weiß, wie die Revolution ruiniert wird, wie von sozialistischer Umgestaltung ja überhaupt gesprochen, aber nie darüber gehandelt wird und verlangt nun für ihre Räteorganisation die Möglichkeit, selbst einzugehen auf diesen.

Und was tut die Regierung?

Unter dem Vorwand, das Räteystem auszubauen, legt sie gesetzlich fest — die Arbeitsgemeinschaften! Die Arbeitsgemeinschaften sind bei der Arbeiterklasse beliebt und verhaßt. Sie steht in ihnen das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft der Klassen verkörpert, also die Verleugnung des Klassenkampfes! Und da bietet ihnen die Regierung gerade in der Zeit des verzweifeltsten Klassenkampfes die Arbeitsgemeinschaften als Ersatz des Räte-systems! Das soll die Erfüllung des Versprechens sein, daß soll Verabingung schaffen!

Die Betriebsräte und der Reichsarbeiterrat haben sich selbst nach dem vorliegenden Entwurf keine Rechte; sie treten erst mit der Vertretung der Unternehmern zu Wirtschaftsräten zusammen, die gesamtwirtschaftliche Aufgaben erfüllen und bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mitwirken sollen. Die Arbeiter wollen für ihre Klasse Macht, und die Regierung hupelt sie mit den Unternehmern zusammen — zur Mitwirkung bei der Sozialisierung! Klingt wie Lohn und ist auch Lohn!

Gegenüber dieser Denaturierung des Rätegedankens sind die übrigen Bestimmungen belanglos. Viele Arbeiter sammeln, wie die neuen Institutionen richtig heißen müßten, sind im wesentlichen begünstigende Organe, die zudem noch das Recht haben, wirtschaftliche Selbstverwaltung

Parlament einbringen. Rechnet das Parlament sie ab, so ist die Sache erledigt. Das Ganze ist dekorative Politik.

Der Vorschlag der Regierung wird die Arbeiterklasse im übrigen nicht besonders überraschen. Es ist Geist vom Geiste dieser Koalitionsregierung. Die „Sozialisten“ und Bourgeois in der Regierung übertragen eben ihre politische Arbeitsgemeinschaft, deren Ergebnisse wir schauernd miterleben, natürlich auch auf das sozialpolitische Gebiet. Sie alle leben ja von der Verleugnung des Klassenkampfgedankens durch die Regierungssozialisten, die die Fortdauer der Massendiktatur der Bourgeoisie bedeutet. Die Arbeiterklasse will und muß aber gerade diese Arbeitsgemeinschaft auf allen Gebieten beseitigen, um zum Sozialismus zu gelangen. Der Regierungsentwurf ist ein neuer Beweis, daß dieses Ziel nur gegen diese Regierung erreicht werden kann. Die Arbeiterklasse wird sich ihr Erstgeburtrecht, das geltend zu machen der geschichtliche Moment sie zwingt, nicht um ein Linsengericht abkaufen lassen. Der Entwurf bedeutet für sie nur eine erneute Kampfanzeige.

Regierung und Kältekonzepte.

Die Regierung trifft in ihrer Art die Vorbereitungen zu dem bevorstehenden Kältekonzept. Zunächst läßt sie durch das Wolffsche Bureau mitteilen:

Es erscheint zweckmäßig, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Gesetze und Bestimmungen, die für den Belagerungszustand Gültigkeit haben, im vollen Umfange aufrechterhalten bleiben. Somit bleiben auch alle öffentlichen Ansammlungen und Demonstrationen für die Zeit des Belagerungszustandes verboten.

Dann mißbraucht sie das Bureau zu folgender Stimmungsmache:

Die Angriffe mehren sich, daß die Woche des Kältekonzeptes von den Spartakisten und dem ihnen nahestehenden linken Flügel der Unabhängigen zu einer letzten großen Wuchtprobe mißbraucht werden soll. Die Genannten sehen in den Freiwilligenloosern mit Recht das Hindernis des Umsturzes und der Anarchie. Da sie ihnen nicht anders beizukommen vermögen, versuchen sie, den einzelnen, der sich anwerben läßt, abzuschrecken. Die spartakistische Reinerkommission in Offen hat ihnen die tiefste Verachtung ausgesprochen, ihnen wirtschaftlichen Boykott angekündigt und beschlossen, sie wie die Pest zu meiden. In der Versammlung der Berliner A. und S.-Räte ist auf Antrag des Kommunisten Herfurth den Freiwilligen-Verbänden schärfste Verachtung ausgesprochen und ebenso die künftige Ausperrung der Freiwilligen angedroht worden.

Die Regierungstruppen haben in den schlimmsten Tagen die Republik vor der Zerstörung bewahrt. Die Reichsregierung wird ihnen das nie vergessen. Abgesehen von allen streng zu verurteilenden und zu bestrafenden Ausschreitungen gebührt ihnen Dank und Schutz. Beides soll ihnen werden. Der Reichswehrminister hat die Photographien der von Sozialisten niedergemetzelten und verführten Regierungssoldaten nach beglaubigten Aufnahmen der Ketzler jetzt veröffentlicht lassen. Die Unabhängigen haben von Druckerlei zu Druckerlei versucht, die Herstellung des ihnen so unangenehmen Dokumentenbeweises zu verhindern. Es ist ihnen nicht gelungen, und die Bilder geben nun die von Kasse versprochene Antwort auf die Behauptungen Haases in der Nationalversammlung, Ausschreitungen gegen Regierungssoldaten seien gar nicht vorgekommen.

Ingenieur führt die „Freiheit“, die allen anderen Blättern Unwahrscheinlichkeit darstellt, ihren Kampf mit den unerschrockensten Lügen weiter. Die Sonntagausgabe vom 6. April veröffentlicht eine angebliche Ansprache des Majors von Stockhausen, die unter anderem den Satz enthält: „Für uns sind diese Urkunden das Beste, was es geben kann.“ Die Rede würde soweit die Überschrift, unter der die „Freiheit“ sie bringt, „Ein neuer Aufschlag der Kaisertruppen“ rechtfertigen — wenn sie gehalten worden wäre. Diese ganze Ansprache von Stockhausen ist vom ersten bis zum letzten Wort erfunden, ebenso wie die Zusammenkunft der ihm unterstellten Formationen.

Wir wissen nicht, was aus der geheimen Agitation zu einem Generalkrieg am 8. April erwächst. Gines sei aber heute schon festgelegt: Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, trägt den Hauptteil aller Schuld, wenn wieder Arbeiter, durch Lügen verführt, zu den Waffen greifen und aus neuem Blut schießt.

Diese Verlautbarung ist in verschiedener Hinsicht interessant. Zunächst dadurch, daß die „Freiheit“ den Regierungstruppen als das erste Ziel dargestellt wird, das sich ihnen bei den nächsten Unruhen bietet. Man weiß aus den Erfahrungen der „Roten Fahne“, was das bedeutet.

Wenn uns wegen der Rede des Majors von Stockhausen der Vorwurf der Lüge gemacht wird, so können wir dazu nur bemerken, daß wir gerade den Berührungspunkt, der uns unterrichtet, mit außerordentlicher Sorgfalt inquiriert haben und subjektiv trotz des Dementis, von der Möglichkeit seiner Angaben überzeugt sind. Es müßte sich schon um eine außerordentlich geschickte Miskifikation handeln, deren Opfer wir dann geworden wären. Und dann erhebt sich allerdings die Frage, wer ein Interesse an dieser Miskifikation gehabt hätte. Vielleicht gibt die erneute Debatte gegen uns da einen Fingerzeig.

Im übrigen ist es sehr interessant, wie weitgehend sich die Regierung mit ihren Truppen identifiziert. Das zeigt so weit, daß der Reichswehrminister jetzt offen die Propaganda für die von uns wiederholt gefangenzeichnete Propagandakampagne übernimmt. Wir haben nie geglaubt und auch von Anfang an auf das Schärfste beurteilt, daß bei den Zusammenstößen Grausamkeiten begangen worden sind. Wir haben von Anfang an gefordert, daß eine mit allen Vollmachten ausgerüstete Untersuchungskommission die Wahrheit über alle Vorgänge erforde. Es ist aber eine Infamie, daß diese Grausamkeiten einer politischen Partei angehängt werden, die mit diesen Vorgängen in keiner Verbindung stand. Ausschreitungen einzelner Verbrecher, die sich den Kampf zwischen den Gruppen zumute mochten, zur Sache gegen eine politische Partei zu gebrauchen, ist eine so ungeheure Vergiftung des öffentlichen Lebens, daß eigentlich alle anständigen Menschen verpflichtet wären, dagegen Protest zu erheben. Selbst wenn all die photographierten Verhaftungen nicht von Granatwürfen oder sonstigen Hilfsmitteln herrührten, sondern wirklich an Gefangenen verübt worden sind, wäre eine solche aufsehende Propaganda nicht Ende einer gewissenhaften Regierung. Wenn wir etwa die Photographien der erschossenen Matrosen in der Bran-

schischen Straße verbreiteten, würde sich die Regierung über unsere Heftigkeit nicht genug entrüsten können. Und nun veranlaßt die Regierung selbst mit solchen Mitteln eine solche Debatte!

Die Arbeiter sind gewarnt. Die Regierung erwartet neue Zusammenstöße und bereitet alles vor, um mit äußerster Brutalität dazugehen zu können. Wir denken, die Arbeiterklasse wird ihr dazu keine Gelegenheit bieten. Gewaltanwendung ist das einzige Mittel, das diese Regierung erhält. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, ihr diese Möglichkeit zu geben. Der Kältekonzept wird hoffentlich der Regierung die Antwort nicht schuldig bleiben und sein Urteil für die Regierung viel unangenehmer werden als planlose Gewalttaten, vor denen nicht genug energisch gewarnt werden kann.

Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre.

Von der Presseabteilung des Generalkommandos Mittwiy erhalten wir folgende Berichtigung:

Zu dem in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 6. 4. 19 erschienenen Artikel „Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre“, der eine angebliche Ansprache des Majors v. Stockhausen, des Chefs des Generalkommandos Mittwiy, an die Führer der ihm unterstellten Formationen enthält, teilt das Generalkommando Mittwiy mit, daß diese Ansprache sowohl, wie alle angeführten Begleitumstände frei erfunden sind infolgedessen entfallen auch alle an diese angebliche Ansprache geknüpften Schlußfolgerungen.

Die Berichtigung bekräftigt sowohl, daß Major von Stockhausen die von uns mitgeteilte Ansprache gehalten hat, wie auch „alle angeführten Begleitumstände“. Danach wird auch die Existenz der Bogromflugblätter: „Grenelkaten der Spartakisten“ abgestritten. Sie liegen uns aber in Duzenden von Exemplaren vor.

Daß die Presseabteilung des Korps Mittwiy aber überhaupt zu berichtigen mag, beweist, daß sie glaubt, die nur in engem Kreise gehaltene Rede hätte nicht über diesen Kreis hinausdringen können.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Aus Kolberg meldet Wolffs Bureau folgende Erklärung Hindenburgs:

„Die „Freiheit“ hat eine Denkschrift des Generals Graf E. Hindenburg über die Vorgänge vom 9. November in Spa veröffentlicht.“

Die darin gegebene Darstellung ist einseitig tendenziös gefärbt und nicht durchweg objektiv zutreffend. Sie enthält sehr wesentliche Irrtümer und Unrichtigkeiten in Bezug auf die Anschauungen und Äußerungen der beteiligten Persönlichkeiten und beweist, daß der General über die tatsächliche Lage nicht genügend unterrichtet war.

Weder ich noch der Erste Generalquartiermeister beabsichtigen, in eine in der gegenwärtigen Zeit höchst unerwünschte Zeitungspolemik einzutreten. Die Ereignisse des Herbstes 1918 sind amtlich in Berichten der Obersten Heeresleitung niedergelegt; alle irgendwelche beteiligten Persönlichkeiten haben Originärdokumente aufgestellt, damit späterer Legendenbildung vorgebeugt wird.“

Wir verstehen schon, daß die Darstellung Schulenburgs den anderen Generalen und überhaupt den Monarchisten unangenehm ist. Daß sie einseitig ist, ist schon möglich. Eben deshalb wäre es an der Zeit, wenn endlich die amtlichen Dokumente aus der kritischen Zeit vollständig veröffentlicht würden.

Vom Kampf um die Hochschulverfassung.

Nach in der Universität beginnt es sich zu regen. Der „Berliner Aufbruch“, zusammengeleitet aus den Beiträgen aller Fakultäten, hat einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der drei Lesungen passierte und dann den Studierenden vorlag zur schriftlichen Abstimmung. Dieses Referendum gestaltete nur Annahme oder Ablehnung. Der Hauptmangel dieser neuen Verfassung ist die Bestimmung, daß nur deutsche Studenten Wahlrecht besitzen, während Ausländer nur Vertretungen wählen können zur Geltendmachung ihrer Wünsche bei dem Studentenparlament durch mündliche Darlegung ohne gleichberechtigte Mitwirkung. Trotzdem ist das Studentenparlament ein großer Vorzug gegenüber dem früheren Zustand. Es wird durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen nach dem Proporzprinzipium gewählt. Auf je 100 abgegebene Stimmen kommt ein Abgeordneter. Dieses Parlament wählt einen ständigen Ausschuss zur Erledigung der laufenden Geschäfte. Es werden Sachausschüsse für die einzelnen Wissensgebiete gebildet, um die Sonderinteressen dieser Studentengruppen wahrzunehmen.

Der Wahlkampf und das Wahlergebnis der ersten Wahlen zu diesem Studentenparlament, die Montag und Dienstag stattfinden, werden zeigen, wie die Revolution auf die Studentenschaft gewirkt hat. Allerdings ist das jetzige Zwischensemester nur von Kriegsteilnehmern besucht, die zum Teil erst vor wenigen Monaten aus dem Felde kamen. Die Frauen sind fast völlig ausgeschlossen oder werden sich doch nicht wie bei einem üblichen Semester beteiligen. Zumindest ist die erste Wahl ein Prüfstein für die kommende Entwicklung.

Es sind daher eine ganze Reihe von Wählern aufgestellt. Das Hochprinzip kämpft hier mit dem Parteiprinzip. Die Minister, die Juristen, die Philosophen usw. haben eigene Wahlvorschläge eingereicht während auch mehrere Hochschulparteien mit eigenen Listen auftraten.

Die sozialistische Studentenpartei hat eine eigene Liste aufgestellt, um im Wahlkampf vor allem für ihr Hochschulreformprogramm Propaganda zu machen und die Akademiker für die sozialistische Hochschulreform zu gewinnen. Ihren Bemühungen ist es nicht geglückt zu verhindern, wenn in der jetzigen Verfassung demokratische Gedanken Gehalt gewonnen haben. Ueber die Reformbedürftigkeit dieser Verfassung ist die Partei sich klar. Vor allem treten die sozialistischen Studenten für die Gleichberechtigung der Ausländer ein, sofern sie die Bedingungen des akademischen Studiums erfüllen. Sie lehnen die Beschränkung auf deutsche Studierende ab und werden danach streben, diesen Hauptmangel der Verfassung zu beseitigen. Durch die Arbeit ihrer Vertreter im kommenden Universitätsparlament wird die sozialistische Studentenpartei den Laibweis erbringen, daß allgemeine Grundsätze und praktische Arbeit auch in der Hochschulpolitik nicht einander ausschließen, sondern

sich wechselseitig bedingen. Gestützt auf ihr Hochschulreformprogramm und orientiert durch die Einsicht in die wirtschaftliche Entwicklung, wollen die Abgeordneten der sozialistischen Studentenpartei an einer Hochschulreform arbeiten und eine Organisation des täglichen Unterrichtsbetriebs herbeiführen, die der Entwicklung der Wissenschaft förderlich ist und zu ihrem Teil zur Herbeiführung des Sozialismus beiträgt.

Die Amtsdauer des kommenden Studentenparlamentes währt nur wenige Wochen. Über diese Vertretung ist zum beginnenden neuen Semester wichtige Maßnahmen zu treffen, so daß dem Ergebnis der Wahl nicht nur allgemein sondern auch praktische Bedeutung zukommt. Von der Möglichkeit und dem propagandistischen Eifer der Studentenpartei wird es abhängen, wie weit sozialistischer und demokratischer Geist im inneren Hochschulbetrieb zur Geltung kommen wird. Die Haltung der gesamten Studentenschaft bei diesem Wahlkampf und besonders auch zum Programm der S. S. P. wird zeigen, ob die deutschen Universitätsbesucher auf dem Weltkrieg und dem Zusammenbruch der nationalen Politik Schlüsse zu ziehen verstehen und ob sie das Wort Napoleons von den Bourbonen: „Nichts gelernt und nichts vergessen!“ für sich zur Lösung erlösen haben oder der noch beschämenderen Fassung: „Nichts gelernt und alles vergessen!“

Neuregelung des Arbeitsrechts.

Ueber die künftigen Absichten der Regierung wird amtlich mitgeteilt:

Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechts sind jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammenzutreten soll, der die Ausarbeitung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitsvertragsrechts unter Beachtung der Sonderart der einzelnen Arbeitnehmergruppen einheitlich zusammenzufassen, sondern auch das Sozialversicherungsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln. Dabei soll überlebendes ausgeschaltet und das heutige Sozialbedürfnisse Rechnung getragen werden. Sobald in naher Zeit wird außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den für die gesamte Arbeitsverfassung ein fixer und zweckmäßiger Aufbau geschaffen werden soll. Gedacht wird ferner an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten, doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung, zumal dadurch in den Bestand der ordentlichen Gerichte und deren Aufgaben eingegriffen werden würde.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen, die an den beteiligten Gruppen entnommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Der Haftbefehl.

Wolffs Bureau verbreitet nachstehendes Dementi: Die agitatorisch verbreitete Behauptung, es seien gegen Kommunisten und unabhängige Arbeiterräte, sowie gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei in Groß-Berlin bereits mehr als 2000 Haftbefehle erlassen, entspricht nicht den Tatsachen. Es besteht sich indessen von selbst, daß Verbrecher auch dann verhaftet werden, wenn sie einer der genannten politischen Gruppierungen angehören.

Es wird also bekräftigt, daß bereits mehr als 2000 Haftbefehle erlassen seien. Nun, 2000 genügen auch schon. Diese aber zu Verbrechern zu hampeln, ist eine Infamie, die gebrandmarkt zu werden verdient.

Scheidemann und die politischen Gefangenen.

Im Auftrage des Volksrates hatte Genosse Michael Müller ein Schreiben an Herrn Scheidemann, den Ministerpräsidenten, gerichtet, worin die Freilassung der politischen Gefangenen verlangt wurde. In der Antwort Scheidemanns darauf, heißt es: „Meine Worte geben Sie im allgemeinen richtig wieder. Nur ist nie davon die Rede gewesen, daß die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt werden sollen, sobald die Ruhe und Ordnung in Berlin wieder hergestellt worden sei, sondern es wurde erklärt, daß dann der Frage näher getreten werden könne. Ob heute der Zeitpunkt dafür gekommen ist, scheint mir die zweite Frage. Wenn herrscht heute Scheiters Ruhe und Ordnung in Berlin, aber Ihnen dürften eben so wie mir all die Pläne bekannt sein, nach denen eine Wiederzunahme der Unruhen zum Zweck des Sturzes der Regierung beabsichtigt wird.“

Herr Scheidemann teilt dann mit, daß sein Kollege Scheiters etwa die gleiche Meinung habe und bemerkt schließlich, daß die Regierung mit der Freilassung der „unbescholtenen“ politischen Gefangenen möglichst bald beginnen werde, „soweit dies durch nicht richterliche Verfahren möglich und die Aufhebung von Straftaten unmöglich gemacht werden.“

So gerufen hat auch Herr Scheidemann ausgedrückt, daß eine Erklärung man doch aus seiner Antwort, daß er die politischen Gefangenen nur ungern aus dem Gefängnis entlassen möchte.

Die neue internationale Sozialisten-Konferenz.

Amsterdam, 6. April. (W. T. G.) — Bei Voll* meldet aus Brüssel: Auf der internationalen Konferenz am 26. April in Amsterdam abgehaltenen sozialistischen Konferenz wird Georgien durch Zeretelli und Bielecki, auch durch Tschaidze vertreten sein. Aus Australien kommen Khan, Nordamerika wird durch Wigneron See, Argentinien durch Juko und Tomaso, Deutschland durch Hermann Müller, Österreich durch Feig und Friedrich Adler, Frankreich durch Longuet und Renaudel, die Ukraine durch Maluchenko und Dobuschak, Italien durch Mussolati und wahrscheinlich auch Turati, England durch Stuart Bunting und James Macdonald, Irland durch Johnson und O'Shannon vertreten sein. Außerdem dem kommen Vertreter von Skandinavien, Spanien, Portugal, Griechenland, Bulgarien, Litauen, Estland, Lettland und eine Anzahl Techniker für die Organisation des internationalen sozialistischen Bureau und Spezialisten für die Frage der Konzepte. Am 11. August soll der internationale Kongress in Luzern abgehalten werden.

Soweit wir wissen, hat die Unabhängige Sozialistische Fraktion bisher keine Einladung zur Konferenz erhalten und hat infolgedessen noch keine Stellung zu ihrer Beschickung genommen.

Gemeindevertreter-Konferenz Niederbarnim.

Zur Förderung von dringenden kommunalpolitischen Fragen war zu Sonntag eine Konferenz sämtlicher Gemeindevertreter des Kreises Niederbarnim einberufen worden. Diese Zusammenkunft, der sich weitere anschließende sollen, soll nicht allein neue gewählte Vertreter in das Gebiet der Kommunalpolitik einführen, sondern auch einem einheitlichen Vorgehen an allen Orten den Weg ebnen.

An erster Stelle stand ein Referat des Lehrers Genossen D a u e - N i e n s b e r g über

die Einheitschule.

Der Redner wies an Hand der historischen Entwicklung nach, daß die Schule bisher ein Rechtswort der herrschenden Klassen gewesen ist. Auf das sozialistische Bildungsideal übergehend, entwickelte er dessen Ursprung aus den materiellen Verhältnissen. Dann erörterte er die praktische Gestaltung der Schule. Um den bisherigen schroffen Übergang aus der Familie zur Schule zu vermeiden, oder auch aus sozialer Notwendigkeit, sollen Kinder ab der obligatorisch eingeführt werden, wobei Kinder von dritten Lebensjahre an gefaßt werden sollen. Dort, am Spiel anknüpfend, müßte der Unterricht seinen Anfang nehmen und aufsteigen bis zur vollen Entwicklung des Individuums. Im Mittelpunkt des Unterrichts müßte die gesellschaftliche Arbeit stehen. Knaben und Mädchen würden gemeinsam unterrichtet werden. Die Verwirklichung werde allerdings nur im sozialistischen Staatssystem möglich sein. Erste würden wir unsere ganze Kraft darauf verwenden müssen, wenigstens den Weg dafür frei zu machen.

Als zweiter Referent wandte sich A u d i g - P a n k o w den neuen Ausgaben in der Gemeindeverwaltung

an. Er forderte das Recht der Entzignung zum Zweck der Sozialisierung und im Interesse einer besseren Verwaltung. Weiter müsse das Steuerrecht der Gemeinden erweitert und der Zusammenschluß aller Großberliner Gemeinden schnellstens bewirkt werden. Selbstverständlich dürfen die außerhalb dieses Zusammenschlusses stehenden Gemeinden nicht völlig abgetrennt sein, sondern sind organisch anzuschließen. Redner verbreitete sich dann über die Wohnungsverhältnisse und deren Mängel; erörterte die praktischen Schulfragen und die Lebensmittelpflege und forderte zum Schluß Neubestellung der Gemeindevorstände und der Kreisräte.

In der Debatte wandte sich Genosse H i e g e - R i e d e r s c h n - h a u s e n gegen die Absicht der westlichen und südwestlichen Vororte, sich von Groß-Berlin abzusondern. Im Interesse eines gerechten Lastenausgleichs müsse dieser Plan verhindert werden. Der Einfluß der Geistlichkeit auf die Schulen sei unbedingt zu beseitigen. Die Einnahmeverhältnisse müßten besänftigt werden. Er erbat einen Zusammenschluß mit den Reichssozialisten das Wort. Dagegen wandte sich A l t e r - K o r s c h o r s t mit aller Entschiedenheit unter Hinweis auf das reaktionäre Verhalten dieser Leute in den meisten öffentlichen Körperschaften. Grundständige Politik haben wir zu betreiben und keinerlei Rückhalt. In der Eingemeinerungsfrage habe die Regierung alles verdrängt, und wenn wir jetzt an dieses Problem herantreten, würden sich von bürgerlicher Seite die größten Widerstände ergeben. Die Lebensmittelpflege müsse restlos von den Gemeinden übernommen werden, ohne jede Rücksicht auf die Kleinrentner, die im Kriege die Bevölkerung ganz unerschüttert bewahrt habe. Der Schulrat der Gemeinde dürfe nur den Arbeitern anvertraut werden. Die Neubestellung der Schöffen muß getreu unseren Grundgesetzen erfolgen und kein Kompromiß darf eingegangen werden. Es müsse stets von uns im Auge behalten werden, daß das Räteystem auch in den Gemeinden die kommende Verwaltungsform sein werde.

Als nächster Referent sprach, wie auch in Keinen Gemeinden bei konsequenter Vorgehen viel für die ärmere Bevölkerung herausgeholt werden kann. K o l l - W i e d e r s c h l u g eine Genossenschaft für Wandersbibliotheken und Kommunalisierung des Zeitungswezens vor.

Zum Schluß kamen folgende Resolutionen und selbender Antrag zur Annahme:

Die Konferenz der Gemeindevertreter und Stadtverordneten von Niederbarnim erwidert die Vertreter der einzelnen Orte, dahin zu wirken, daß Vernetzungen der Gemeindevertretungen usw. alle an einem Tage stattfinden. Als geeigneter Tag wird Donnerstag abends 8 Uhr empfohlen.

Die Konferenz der Gemeinde- und Stadtverordneten von Niederbarnim verurteilt das Vorgehen einzelner Orte, in welchen gemeinsame Fraktionen mit den Reichssozialisten gebildet wurden. Ein entschiedenes Arbeiten für den Sozialismus erblickt die Konferenz nur in dem selbständigen Vorgehen.

Reichstagsrat der Gewerkschaften.

Die gestrigen Verhandlungen wurden eingeleitet mit der Aufsichtlichen Mitteilung Herrfurth's, daß beabsichtigt sei, durch ein militärisches Aufgebot den ganzen Kongress auszulösen. (Allgemeine Entrüstung.) Der Vertreter des Demobilisationsamtes erklärte, daß er auf eine telefonische Anfrage hin vom Reichswehrministerium und dem Generalkommando 12. Armee die Auskunft erhalten habe, beiden Behörden sei von der beabsichtigten Auslösung des Kongresses nichts bekannt; ein dritteliger Befehl sei auch von ihnen nicht ergangen.

Wegen ihrer kühnen Berichterstattung der „Täglichen Rundschau“ wird deren Vertreter von der Behandlung ausgeschlossen. Er wurde dann in die Beratung eines Entwurfs für ein

Wahlgesetz der Gewerkschaften

eingeleitet, die den ganzen Vormittag ausfüllte. Der Entwurf, der 20 Paragraphen enthält, befaßt in seinen wichtigsten Bestimmungen: Der Reichswehrverbotensauschuss wird dem Reichsarchiv als ein besonderes Organ angegliedert, daß bei allen geschäftlichen Maßnahmen ein Bestimmungsrecht besitzt. Die Reichsarchivare sind von allen Behörden als beratene Interessenvertretung der Arbeitlosen anzunehmen. Ihre Mitbestimmung darf von keiner Behörde abgelehnt werden. Auf je 1000 Reichsarchivare entfällt ein Ausschussmitglied, das jederzeit abberufen werden kann. In den Aufgaben des Organisationsbüros gehören die Wahlorganisation und -verteilung, die Arbeitsbeschaffung und -vermittlung und das ländliche Siedlungswezen. Die Unterstützung der grundsätzlichen niemand verweigert werden, auch nicht bei Abrechnung von neuer entlassener Arbeit als die Unterstützung ausmacht sowie von Streikarbeit. Bei Verweigerung von Arbeit auf grundsätzlichen Gründen ist ein ärztliches Gutachten auf Verlangen der Gemeinde einzuholen, das über die Tauglichkeit zu entscheiden habe. An Unterstützungsfällen werden gefordert: für Verheiratete pro Tag 3 M. und für die Eltern und bis 2 M., bis zum Höchstbetrage von 18 M., für Unverheiratete über 20 Jahre 7 M. und die jüngeren niedrigeren Sätze. Die bisher erwerbsfähigen Kriegerväter und -mütter sollen an Stelle der Kriegs- und Kriegswitwenunterstützung erhalten. Die Arbeitlosen sollen in die Krankenversicherung aufgenommen werden. Die Freigabe der Arbeitlosen muß gewährleistet sein.

Zu dem Entwurf ist eine Fülle von Anträgen eingegangen. Sie werden sämtlich mit dem Entwurf dem zu bildenden Reichsausschuss überwiesen.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen wird folgendes Telegramm an die Regierung der ungarischen Republik

einmündig beschlossen.

Der Reichswehrverbotensauschuss entzieht der ungarischen Republik die hergehenden Gräze. Der Kongress stellt sich rühmlich mit dem gesamten revolutionären Proletariat, bekämpft sich zur internationalen Arbeitstat und gelobt, auch in Deutschland der zerrüttenden Weltrevolution den Weg zu ebnen.

Das gleiche Telegramm soll nach Auslösung der bayerischen Republik nach München gesandt werden.

Die Bildung des Reichswehrverbotensauschusses

rufft eine längere Debatte hervor, in der von einigen Rednern von den Kandidaten der Reichswehr einer längeren politischen Parteilichkeit verlangt wird. Ein dahingehender Antrag, der eine zweijährige Parteimitgliedschaft fordert, wird indessen mit 20 gegen 22 Stimmen abgelehnt. In den Reichsausschuss werden gewählt:

Vorbereitung der Delegierten der U. S. P. D. zum 2. Rätekongress!

Die Delegierten zum 2. Rätekongress, die Mitglieder der U. S. P. D. sind, werden gebeten, an einer Vorbereitungsausschuss teilzunehmen, die

Montag, den 7. April, vormittags 10 Uhr,

im Sitzungszimmer des Volksrats, in den Ketten 23 (in der Mitte zwischen Reichstag und Lehrter Bahnhof, am Tiergarten), stattfinden.

Das Präsidium der U. S. P. D.

für Preußen: Herrfurth-Berlin, Wendel-Berlin, Richter-Frankfurt a. M., Stienen-Königsberg, Sachsen: Gubisch-Chemnitz, Neumann-Leipzig; Bayern: Werber-Nürnberg, Hermann-München; Danzstädte: Müller, Fröhling-Gumburg; Baden: Schradl-Wannheim; Groß-Hüringen und Braunschweig: Marx-Berlin, Mandel-Gotha; Württemberg: Schupp-Stuttgart; Hessen: Reinhold-Offenbach.

Darauf hält Wendel-Berlin einen Vortrag über

die ländliche Siedlungsfrage.

Er tritt für ländliche Produktionsgenossenschaften ein, die nicht auf bürgerlich-genossenschaftlicher, sondern sozialistischer Grundlage aufgebaut werden müssen. Die dazu erforderliche Reservearmee sei jetzt vorhanden. Die Regierung müsse dazu sowie die erforderlichen Maßnahmen, technischen Mittel und auch Wohnungen bereitstellen. An der Spitze der Produktionsgenossenschaft müsse ein sachverständiger Leiter mit einem Weiderrat stehen. Die Lebensweise der Genossen müsse kommunistisch sein. Die Genossenschaften würden aber nicht nur für ihre Mitglieder sorgen dürfen, sondern auch für die Allgemeinheit. Die Produktionsgenossenschaften seien heute kein Aufgebau mehr, sondern durchführbar. Redner empfiehlt eine Propaganda unter den Arbeitlosen zur Beteiligung an solcher Genossenschaften.

Es wird dann zu einer großen Reihe vorliegender

Anträge und Resolutionen

Stellung genommen. Eine längere Debatte ruft ein Antrag auf R i e t s - u n d S t e u e r v e r w e r t u n g durch die gesamte Arbeiterschaft hervor. Er wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Einmündig angenommen wird eine Resolution, die sich gegen die Freiwilligenkorps ausspricht und die Proletariat auffordert, alle Leistungen mit Beschränkungen ebenso wie mit Werbeplakaten zu boykottieren und alle Mittel zur Befreiung der Freiwilligenkorps anzuwenden. Weitere Beschlüsse verlangen die Überführung der Produktion in die sozialistische und die Einziehung von Betriebsräten, die insbesondere über Entlassung und Einstellung der Arbeiter und die Herabsetzung der Arbeitszeit zu entscheiden haben. Wegen der Herabsetzung der Unterführung wird protestiert. Für die Großbetriebe wird die Sozialisierung verlangt, ferner die Aufstellung der Staatsdomänen und Pflanzmisse, die Befreiung der Lebensmittel durch die A- und B-Karte und Abbau der Lebensmittelpreise. Der Arbeitszwang wird verworfen. Verurteilt wird die Agitation unter den Jugendlichen für den Grenzschutz. Der Belagerungszustand ist aufzuheben. Für eine Anfrage erklärt Dr. Hoerster, Vertreter des Demobilisationsamtes: Neber die

Anerkennung des Reichswehrverbotensauschusses

durch seinen Auftragsgeber könne er keine Erklärung abgeben. Im übrigen habe er während der Verhandlungen wertvolle Anregungen erhalten. Die Zahl der Arbeitlosen, die Unterstützung empfangen, sei von Februar bis März um 80 000 gestiegen. Die Reichsarchivare seien der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit bald auf das normale Maß vor dem Krieg zurückgehen wird (Widerpruch). Die Gewerkschaftenunterstützung sei nicht pflanzbar und unverletzt.

Im weiteren Verlauf der Debatte werden noch Anträge angenommen, die eine Nationalisierung des Wohnungswesens und den Produktionszweig für die Landwirtschaft fordern. Eine Resolution appelliert an die Proletariat, nach Rußland auszuwandern. Die russische Regierung soll durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes über die Freigangsmöglichkeit für deutsche Handwerker und Landarbeiter befragt werden.

Bittere Klage geführt wurde noch über die ungenügende Entschädigung der Gewerkschaften durch die Gemeinden. Es wurde die Aufstellung einzelner Fälle als notwendig bezeichnet. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß 70 Delegierte anwesend sind. Mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterbewegung fand der Kongress um 7 Uhr sein Ende.

Gewerkschaftliches.

Der Angestelltenstreik in der Metallindustrie.

Die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses sind jetzt nach dreitägiger Dauer zum Abschluß gekommen. Der Schiedsspruch, dessen endgültige Formulierung erst heute (Montag) 11 Uhr vorgenommen werden soll, bezieht in der Lohnfrage Verbesserungen, dagegen sind die Bestimmungen über das Arbeitsvertragsrecht ungenügend, so daß auf eine Zustimmung der streikenden Angestellten nicht gerechnet werden kann.

In den Betriebsversammlungen der einzelnen Werke wurden eine Reihe von Entschuldigungen vorgenommen, in denen das unbedingte Festhalten an der Forderung des Arbeitsvertragsrechtes nachdrücklich betont wird.

Für die Angestellten der Bergmann-Gesellschaft-Werke, A. G., Berlin findet am Montag früh 10 Uhr eine Betriebsversammlung in den „Pharus-Sälen“, Müllerstr. 142 statt. Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist dringlich erforderlich. Der Streikauschuss: J. L.: A. Hoff, Köpcke.

Die Zentral-Steinkohlenwerke der Hennigsdorfer K. G. M. Gesellschaft befindet sich im Lokal von Gilmard, Buttweierstr. 24 (Tel. Norden 4223.) Am Montag nachmittags 3 Uhr für diese Betriebe Betriebsversammlung im Lokal von Broje in Hennigsdorf.

Christliche Anstalt G. P. Goetz, A. G. Alle Vertrauensmänner haben sich am Montag, den 7. April, morgens 9 Uhr, im Streiklokal, Restaurant Gürlich, Friedenauer Allee 31, eingefunden. Am Montag, den 7. April, nachm. 3 Uhr, findet im Bürgercafé des Friedenauer Rathauses eine Betriebsversammlung statt. Das Erscheinen aller Angestellten der Firma ist selbstverständlich.

Streik der Kohleger und Hefler.

In geheimer Abstimmung wurde gestern von einer Versammlung der Kohleger und Hefler der Streik vom Montag ab mit 1865 gegen 28 Stimmen beschlossen. Das Streikkomitee bilden von der Verhandlung die Kollegen Biese und Kraay, von der Schlichtungskommission Hiller und Gutschke, aus der Versammlung wurden gewählt Krieger, Dittmann, Wilscher, Abraham, Siebert und Gabriel. Zu dem Bericht der vorigen Versammlung ist noch nachzutragen, daß es die Kollegen kritisch ablehnen, mit Angehörigen der Regierungstruppen zusammenzuarbeiten.

Verkehrsangehörige für Organisation und Akquisition. Versammlung am Montag, den 7. April, nachmittags 8 Uhr, im Wilhelmshof, Anhaltstraße 12. Tagesordnung: Unsere Forderungen. Das Komitee der Angestelltenverbände.

Groß-Berlin.

Der Frauentag in Berlin.

In Berlin und einigen Vororten erfreuten sich die gestrigen Frauenversammlungen durchweg eines guten Besuchs, an manchen Stellen waren sie sogar überfüllt. In allen Versammlungen betonte die Rednerinnen, daß, nachdem die Resolution der deutschen Frauen die politische Gleichberechtigung gebracht, der heutige Frauentag im Grunde eine Demonstration sei für die Erreichung des Frauenwahlrechts in jenen Ländern, in denen die Frauen bis jetzt politisch rechtlos seien.

Von den Referentinnen wurde unter lebhafter Zustimmung aller Anwesenden die Wiederaufhebung des Militarismus gebrandmarkt und die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt. An die Genossinnen in Rußland, Ungarn und in Bayern wurden revolutionäre Grüße gesandt.

Unter Annahme der bekannten, in einer Resolution niedergelegten Forderungen wurden die Versammlungen überall in vorgüglicher Stimmung geschlossen. An manchen Stellen wurden sie verköhnt durch Vorträge und durch Gesang unserer Männerchöre.

Achtung! Arbeiterräte, Betriebsräte und Vertrauensleute der U. S. P. D.

Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, findet in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 143 eine Zusammenkunft statt. Eintritt nur gegen Legitimationskarten.

Am Montag, den 7. April, 7 Uhr abends, Rednerklub der U. S. P. D. Arbeiterräte, in den Ketten 23, Zimmer 3. Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D. Arbeiterräte: F. Sommerfeld.

Mißbrauch der Schule.

Wie früher zu allen möglichen hurropatriotischen und kriegerischen Veranlassungen, wird auch heute noch von unsterblichen deutschen die Schule zu allerlei reaktionären Zwecken mißbraucht. Wie uns mitgeteilt wird, wurden in den Klassen der 219. Gemeindevorschule, Magower Straße, Geldbeiträge für Lettow-Vorbed und seine tapferen Kriegerlämpfer (?) gesammelt. Zum besten Verständnis wurde der Name des Generals an die Wandtafel geschrieben und auf die Verdienste des Mannes hingewiesen. Es wurden Beträge von 5 und 10 Pf. angenommen. Die 50 Pf. hat das betreffende Kind das besondere Vorrecht, seinen Namen in eine Sammelliste einzutragen zu dürfen. Lettow-Vorbed ist ja der „starke“ Mann der Gegenrevolutionäre, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die gesammelten Gelder seinem freiwilligen Kampf zugute kommen sollen. Wie warmen daher die Arbeiterräte, ihren Kindern Geld mitzugeben zu Zwecken, die sich gegen die Errungenschaften der Revolution wenden.

Lehrer gegen Arbeiter.

Daß in den Unterrichtsstunden in den Schulen noch immer Lehrer ihre Besorgnisse über die Arbeiter und gegen die Arbeiter leben, davon legt folgender Vorfall Zeugnis ab. In der 7. Gemeindevorschule in Charlottenburg, S. H. Wilmser Straße Klasse I O, erzählt ein Lehrer seine Schüler, daß die Arbeiter, die jezt 2,50 M. die Stunde verdienen, nochmals hoch sein werden, wenn sie 30 Pf. erhalten. Die mehrheitssozialistische Regierung sei ja keine solche Regierung, aber kommen erst die Unabhängigen an Ruder, dann geht es uns noch viel schlechter. Daß die Lebensmittelpreise so hoch seien, daran hätten nur maßlosen Forderungen der Arbeiter Schuld. — Der Mann sollte alles andere tun, nur nicht Lehrer spielen. Nach dieser Probe hat der Mann bewiesen, daß er die Denksur „Unfähig zum Lehrer“ verdient.

Herr Klumbe, der bisherige Kommandant von Berlin, berichtet durch seinen Rechtsbeistand eine Rechtfertigung seiner Person an die Presse. Herr Klumbe behauptet, daß Untergeldigkeiten bei der Verwaltung der von ihm gesammelten Beiträge vorgekommen wären. Zur Klärung der Angelegenheit hat er ein gerichtliches Verfahren gegen sich beantragt.

Die Bureaus der Zentrale für Gewerkschaften sind von der Kaiser-Wilhelmstraße nach dem Markthofgebäude, Wilmserstr. 24, verlegt worden. Es ist jedoch nicht möglich gewesen, den gesamten Apparat der Zentrale dort unterzubringen. So befinden sich z. B. die Abteilung für teilweise Gewerkschaften in der Grolingensstraße 7 und die Kassenabteilung für die Gewerkschaften in der Koenigsstr. 18. Die Geldkassen und Kassen sind nach wie vor in 12 Schulgebäuden, die in Ruhestellen des Stadtgebietes liegen, untergebracht.

Wahlberechtigung. Darlehenanträge infolge Tumultschändchen — Das Stadtparlament bewilligte für die Zweck 200 000 Mark — sind geordnet von den Schädensanmeldungen an den Magistrat zu richten.

Spannen. Eine der ersten Aufgaben der neuen Stadtverordnetenversammlung war die Einziehung eines neungliedigen Ausschusses zur Regelung der Volkshochschule. Dieser hielt man am letzten Freitag seine erste Sitzung ab. In der sehr anregenden Aussprache kam zunächst zum Ausdruck, daß bisher

